

Seestreit ist versandet

Außergerichtliche Einigung zum Rechtsstreit am Steinwegsee

FRIEDRICHSFEHN/sw. Rund drei Jahre hat der Kampf um das Seegelände am Roten Steinweg in Friedrichsfehn gedauert. In dieser Woche wurde nach Auskunft der Bürgerinitiative „Roter Steinweg See“ mit einer außergerichtlichen Einigung der Rechtsstreit gegen den Bebauungsplan beendet. Am Donnerstag teilte Hiltrud Engler von der BI mit, dass man sich außergerichtlich geeinigt habe. Investor Matthias Decker und der Vertreter der Kläger, Dr. Wolf Weber, unterzeichneten einen Vertrag über Naturschutz- und Naherholungsmaßnahmen rund um den See und die Rücknahme des Normenkontrollantrags. Darin verpflichtet sich Decker unter anderem zur Übertragung eines Grundstücks von sechs Hektar in der Nähe des

Sees an die NABU-Stiftung Oldenburgisches Naturerbe und zur Übernahme sämtlicher Verfahrenskosten aus der Klage. Außerdem beteiligt er sich mit 25 000 Euro an Grundstücksfolgekosten und zusätzlichen Naturschutzmaßnahmen in Friedrichsfehn. Festgeschrieben wurden auch die Maßnahmen am See. Dazu gehört ein naturnah gestalteter Wanderweg einschließlich Aussichtspunkt, Erhalt des Ostufers und der Flachwasserzone am Südufer im natürlichen Zustand und der Verzicht auf Torfabbau. Im Gegenzug wird die Klage zurückgenommen. „Es musste abgewogen werden zwischen dem Wunsch nach gerichtlicher Klärung, den Klagerisiken und der Einschätzung, dass selbst ein ge-

wonnenes Gerichtsverfahren die Folgen des Bebauungsplans nicht mehr rückgängig machen würde“, so die BI. Sie bedauert aber, dass es nun keine gerichtliche Klärung der Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes geben werde und ein Zugang zum See nicht durchgesetzt werden konnte. „Es ist gut, dass sich die Parteien geeinigt haben“, kommentierte Bürgermeisterin Petra Lausch, zeigte sich aber gleichzeitig „verwundert, dass wir keine Information dazu von der Bürgerinitiative bekommen haben, denn wir sind die Beklagten“. Sie erhielt die Nachricht per Telefon vom Investor Decker. Der See war durch Sandabbau entstanden und durch einen Planfeststellungsbeschluss war angeordnet worden, dass das

Gelände nach dem Sandabbau renaturiert werden sollte. 2007 kaufte Matthias Decker das Gelände, um es als exklusiven Wohnpark zu vermarkten. Die Verwaltung argumentierte für die Bebauung, da dadurch das Baden und wilde Campen am See unterbunden würde, es einen Bedarf an exklusiven Grundstücken gebe und deren Eigentümer Steuern in die Gemeindekasse bringen würden. Dagegen formierte sich Widerstand von Bürgern, die Natur und Landschaft erhalten wollten, und es wurde die BI gegründet. Dennoch beschloss die Ratsmehrheit aus SPD und CDU 2008 den Bebauungsplan. Daraufhin zogen der NABU Oldenburger Land sowie drei Anwohner vor Gericht und beantragten, den Bebauungsplan für unwirksam zu erklären.